

Edgar Wolfrum

Widerstand in den letzten Kriegsmonaten und »Endphase-Verbrechen«

Als die amerikanische Publizistin Martha Gellhorn im April 1945 ins Rheinland kam, war sie fassungslos darüber, was die Deutschen ihr erzählten: »Niemand ist ein Nazi. Niemand ist je einer gewesen. Es hat vielleicht ein paar Nazis im nächsten Dorf gegeben, und es stimmt schon, diese Stadt da, zwanzig Kilometer entfernt, war eine regelrechte Brutstätte des Nationalsozialismus. Um die Wahrheit zu sagen, ganz im Vertrauen, es hat hier eine Menge Kommunisten gegeben. Wir waren schon immer als Rote verschrien. Oh, die Juden? Tja, es gab eigentlich in dieser Gegend nicht viele Juden. Zwei vielleicht, vielleicht auch sechs. Sie wurden weggebracht. Ich habe sechs Wochen lang einen Juden versteckt. Ich habe acht Wochen lang einen Juden versteckt. (Ich hab' einen Juden versteckt, er hat einen Juden versteckt, alle Kinder Gottes haben Juden versteckt) ... Die Nazis sind Schweinehunde. Wir haben von dieser Regierung die Nase voll gehabt. Ach, wie wir gelitten haben.« Hatte denn niemand, so fragte sich Gellhorn, dem Nationalsozialismus Gefolgschaft geleistet, hatte denn niemand den langen Krieg auch nur einen Augenblick gutgeheißen? Es sei kein erbaulicher Anblick, wenn ein ganzes Volk sich vor der Verantwortung drücke.¹

Diese opportunistische Selbstdarstellung – eine Meisterleistung des Verdrängens –, wonach alle Deutschen irgendwie NS-Gegner gewesen seien, ist natürlich ebenso falsch wie die 1945 im Ausland verbreitete Meinung, es habe im »Dritten Reich« überhaupt keinen nennenswerten Widerstand gegeben. Noch in den letzten Monaten, Wochen und Tagen der NS-Diktatur gab es eine Reihe kleinräumiger Widerstandsversuche, vor allem vielfältige Wagnisse, um eine Fortführung des sinnlosen Krieges zu verhindern. Im NS-Jargon wurden solche Nichtverteidigungsinitiativen als »Kapitulantum« gebrandmarkt, die Menschen als »Verräter und Liebediener des Feindes« stigmatisiert, und man tat sich auch im Nachkriegsdeutschland lange Zeit schwer damit, diese Aktionsformen zu würdigen oder in ihnen gar einen achtbaren Bürgerprotest, couragiertes Handeln »von unten« zu erblicken. Aber kann man bei diesen Aktionen überhaupt von »Widerstand« sprechen?

Die Frage, wer zum deutschen Widerstand gegen Adolf Hitler gezählt werden könne, ist so alt wie die Widerstandsforschung selbst. Sie stellt sich aber heute noch nachdrücklicher, weil in den vergangenen zwanzig Jahren die vorherige Einengung der widerstandshistorischen Forschungen durch jeweils politisch-legitimierende Rückbezüge durchbrochen wurde und zahlreiche Problem- und Grenzbereiche in den Blick gerieten.² Um einen solchen Grenzbereich soll es hier gehen. Betrachten wir zunächst zwei Beispiele, welche die Spannbreite widerständiger Verhaltensweisen am Ende des »Dritten Reiches« deutlich werden lassen.

Das erste Beispiel: Im Frühjahr 1945 entschloss sich der religiös geprägte Würzburger Student Robert Limpert, die Bewohner von Ansbach aufzufordern, gegen die »Nazihenker« zu kämpfen, weiße Fahnen zu hissen und die kampflöse Übergabe der Stadt an die heranrückenden amerikanischen Truppen zu ermöglichen. Limpert wurde von Hitlerjungen dabei beobachtet, wie er das Telefonkabel zwischen dem Gefechtsstand des Ortskommandanten und seinen Truppenteilen zerschnitt, die Ansbach bis zum letzten Mann verteidigen sollten. Der Ortskommandant bildete unverzüglich ein Standgericht, war Ankläger und Richter zugleich und ließ Robert Limpert mitten im Ort erhängen.³

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die so genannte »Rettet-Stuttgart«-Bewegung. In ihr hatten sich kommunale vor-nationalsozialistische Honoratioren zusammengefunden, die den Plan des fanatischen Gauleiters Wilhelm Murr, den Alliierten einen »Kampf bis aufs Messer« zu liefern, vereiteln wollten; denn damit wäre Stuttgart in Schutt und Asche gelegt worden. Sie fanden im nationalsozialistischen Oberbürgermeister Karl Strölin eine unerwartete Stütze. Aber nur mit ihm zusammen konnte das Ziel, Stuttgart zu retten, erreicht werden. Strölin rechtfertigte sich später in amerikanischer Haft, Anordnungen der Nationalsozialisten sabotiert zu haben.⁴

Damit ist eine Kernfrage berührt, die zugespitzt so lautet: Können auch diejenigen, die der Schreckensherrschaft bis fünf Minuten vor zwölf gedient hatten und dann umschwenkten, zum Widerstand gezählt werden? War es bei ihnen lediglich eine flexible, situationsspezifische Interessenwahrnehmung, war es also die opportunistische Absicht, sich in letzter Minute vor dem Einmarsch der Alliierten ein Alibi zu verschaffen? Oder handelte es sich bei ihnen um die späte, aber ernste Einsicht, um den verzweifelten Versuch, sich aus den Verstrickungen mit dem NS-Regime zu lösen und dabei das eigene Leben aufs Spiel zu setzen?

Die schlichte Frage, wo beginnt und wo endet Widerstand, lässt sich kaum eindeutig beantworten. Hans Rothfels stellte bereits 1947 fest, dass selbst derjenige nicht ohne weiteres zum Widerstand gerechnet werden

könne, der »wegen gelegentlicher Äußerung der Kritik oder der Empörung als ›volksverhetzendes‹ oder ›defaitistisches‹ Element dem Todesurteil verfiel⁵. Dieser Standpunkt ist auch heute bei den meisten Widerstandsforschern unbestritten. Und dennoch bleiben Zweifel: Könnte es sich dabei nicht vielleicht um eine nur scheinbare Trennschärfe handeln? Denn die komplexe Wirklichkeit, vor deren Hintergrund die individuelle Entscheidung auch in solchen Fällen getroffen wurde, lässt sich im Nachhinein nicht bis ins Letzte klären. Außerdem hängt Entscheidendes davon ab, in welcher Phase der NS-Diktatur solche »volksverhetzenden« Äußerungen getan wurden.

Bei den Verhaltensweisen in den letzten Stunden der NS-Diktatur handelt es sich um einen Bereich, in dem klare Grenzen nur schwer zu ziehen sind – auch deshalb, weil die meisten Menschen sich ja bis zuletzt duckten und in Deckung blieben, abwarteten, bis das NS-Regime von außen – durch die Alliierten – beseitigt wurde. Gegen das Gewaltregime zu handeln, stellte in jedem Fall eine Alternative zur Anpassung und zum Abwarten dar, die jedoch nur von einer kleinen Minderheit gewählt wurde. Nicht zuletzt hatte sich das NS-Herrschaftssystem gegen Ende des Krieges radikalisiert und in dramatischem Ausmaß gegen die eigene Bevölkerung gewandt. Wehrmacht, Geheime Staatspolizei (Gestapo), Polizei und Partei befanden sich im Einsatz gegen die kriegsmüden Menschen. Diejenigen, die sich gegen sinnlose Zerstörungen wendeten, wurden zu »Gemeinschaftsschädlingen«, »Minderwertigen« und »Asozialen«, zu »inneren Feinden« abgestempelt. Sippenhaftung war angeordnet.

Der Chef des Führungsstabes im Oberkommando der Wehrmacht (OKW), Alfred Jodl, hatte schon am 16. September 1944 einen Befehl Hitlers unterzeichnet, der fanatische Kampfführung von den Soldaten verlangte. Jeder Häuserblock, jedes deutsche Dorf müsse zur Festung werden, »an der sich der Feind entweder verblutet oder die ihre Besatzung im Kampf Mann gegen Mann unter sich begräbt«. Jeder, der seine Aufgabe nicht unter vollem Einsatz des eigenen Lebens löse, sei zu beseitigen. Und der Reichsführer SS Heinrich Himmler ordnete zum Verhalten der Zivilbevölkerung im Westen an: »Aus einem Haus, aus dem eine weiße Fahne erscheint, sind alle männlichen Personen zu erschießen. Es darf bei diesen Maßnahmen keinen Augenblick gezögert werden«. Hitlers »Verbrannte-Erde«-Befehl vom 19. März 1945 schließlich, wonach alle Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie alle Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes zu vernichten seien, wurde selbst von seinem Gefolgsmann Albert Speer als Anordnung zur »Zerstörung der Grundlagen unseres Volkes« bezeichnet.⁶

Angesichts solcher hochgradigen Gefährdungen und der umstürzenden Lebenslagen in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges kommt man mit traditionellen und statischen Widerstandsbegriffen nicht weiter. Andere Einschätzungen lassen sich erreichen, wenn die Wechselwirkungen von Herrschaft und Gesellschaft ernst genommen werden, ebenso die Wandlungsfähigkeit und Wandlungsbereitschaft von Menschen und die konkrete, situationsgebundene, immer nur partielle Erfahrungswelt sozialer und lokaler Gruppen oder gar von Einzelpersonen. Diesem dynamischen Ansatz verdankt die Widerstandsforschung wichtige Impulse.⁷ In der Diskussion über das Erbe des deutschen Widerstands in den frühen 1990er Jahren wurde allerdings versucht, das Rad wieder zurückzudrehen. Gegen einen Forschungsansatz, der den Widerstand in seiner ganzen Vielfalt und Breite zu erfassen sucht, führten eine Reihe von Historikern und auch Politikern politisch-moralische Ausschlusskriterien ins Feld. »Rechtmäßigen Widerstand« erblickten zudem viele dieser Kritiker nur in der »fundamentale(n) Fronde der alten Eliten«⁸. Aber dieses Verständnis von Widerstand ist nicht nur ausschließlich elitär, sondern beschreibt die komplexe Wirklichkeit auch nur unzureichend. Denn Menschen sind nicht nur gut oder böse, und Anpassung sowie partielle Opposition konnten das Verhalten einer Person bestimmen.

Auch ein Forschungsansatz, der von einem »integralen« Widerstandsbegriff ausgeht und ein möglichst vollständiges Bild widerständigen Verhaltens gewinnen möchte,⁹ kann die jeweilige graduelle Differenz der Aktivitäten nicht ausklammern. Es geht mitnichten darum, sämtliche Maßstäbe über Bord zu werfen. Sozial- und regionalgeschichtliche Forschungen haben nicht zum Ziel, an die Stelle der »Heldenverehrung« nun die »Heldenvermehrung« zu setzen, wie die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« einmal mutmaßte.¹⁰

Es fragt sich gleichwohl, ob die von der Forschung getroffenen Abstufungen – wie aktiver Widerstand, Opposition, Resistenz, Nonkonformität, Verweigerung usw. – noch tragfähige, die Erkenntnis fördernde Konstrukte bei der Analyse der letzten Kriegsphase sind. Denn Verhaltensweisen, die man für die Jahre zuvor lediglich unter Resistenz verbucht hätte, konnten in dieser Zeit zum Widerstand werden. Auch aus der Perspektive der Funktionsträger der NS-Diktatur gab es am Ende des Krieges keine feinsinnigen Abstufungen mehr. Diejenigen, die sich dennoch gegen das Regime auflehnten, wussten ganz genau, dass »das selbständige Wagnis« lebensgefährlich war. Mit der Kategorie Risikobereitschaft wäre folglich eine Dimension eines geeigneten Widerstandsbegriffs für die letzten Kriegsmonate gewonnen. Die bewusste Gegnerschaft zum Nationalsozialismus gilt vielen als eine

zweite Dimension des Widerstandsbegriffs.¹¹ Aber man wird sich schwer damit tun, bei den höchst zersplitterten und unübersichtlichen, kleinräumig wirkenden Widerstandsversuchen in der letzten Kriegsphase politische Motive von existentiell-privaten fein säuberlich zu trennen. Dieses Dilemma lässt sich kaum verhindern – allein schon deshalb, weil häufig die Quellen fehlen.

Für einen Widerstandsbegriff, der sich auf die Schlussphase des »Dritten Reiches« bezieht, möchte ich als Grundkriterien die Frage vorschlagen, ob das jeweilige Verhalten von Einzelnen oder Gruppen – erstens – von einer aktiven Risikobereitschaft geprägt war, die – zweitens – aus einer zumindest partiell bewussten Gegnerschaft zum Nationalsozialismus erwachsen ist. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen lassen sich die verschiedenen Konstellationen widerständigen Verhaltens in der letzten Kriegsphase in vier Hauptformen zusammenführen: Es zeigte sich 1. ein politisch motivierter Widerstand aus der Arbeiterbewegung; es zeigte sich 2. ein Zusammenwirken von kommunalen Eliten zur Rettung von Städten und Gemeinden; es zeigten sich 3. spontane Bürger-Initiativen gegen eine sinnlose Kriegsverlängerung, und es zeigten sich 4. Kriegsbeendigungsaktionen Einzelner, die auf eigene Faust handelten.

Bezeichnend für die lange Zeit dominierende Betrachtung des Widerstandes »von oben« war die mangelnde Anerkennung der in der letzten Kriegsphase entstandenen Antifaschistischen Ausschüsse (Antifas), die sich aus Vertretern der Arbeiterbewegung gebildet hatten. Bis heute gibt es einen merkwürdigen negativen Grundkonsens über diese Ausschüsse. Das hat im Wesentlichen zwei Ursachen: Zum einen hatte die DDR-Geschichtswissenschaft die Antifas gleichsam zu einer Volksopposition überhöht. Hier wurde versucht, den Mythos zu schaffen, dass das Ende des NS-Regimes mit dem Höhepunkt des Widerstandes unter der ruhmreichen Führung der KPD zusammengefallen sei und somit der künftige Arbeiter- und Bauernstaat 1944/45 quasi von unten in einem Klassen übergreifenden antifaschistischen Widerstandskampf vorweggenommen worden sei.¹² Diese Geschichtsklitterung führte zum anderen auf der bundesrepublikanischen Seite dazu, dass nahezu ausschließlich auf das angebliche Scheitern der Antifas abgehoben wurde und man diese als »periphere Randphänomene« abwertete.¹³

Beide Blickwinkel entstanden im Zeichen des Ost-West-Konflikts, sie sind nur in diesem Kontext verständlich, historisch bleiben beide Sichtweisen aber fragwürdig. Nachdem der innerdeutsche Systemkonflikt heute beendet ist, verdienen zunächst zwei grundsätzliche Gesichtspunkte festgehalten zu werden. Erstens: Es gab entgegen weit verbreiteter Ansichten auch

nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 noch einen politisch aktiven Widerstand, wenngleich im Wesentlichen auf lokaler und nicht mehr auf nationaler Ebene. Der politische Widerstand gegen den Nationalsozialismus, darauf hat Richard Löwenthal insistiert, »endete dort, wo er begonnen hatte – bei den Aktivisten verschiedener Richtungen der sozialistischen Arbeiterbewegung«¹⁴. Und zweitens: Im Vergleich zu dem Verhalten der meisten Deutschen, die eben bis zum bitteren Ende in Treue fest zu ihrem »Führer« standen, zeugt die Existenz dieser Ausschüsse von einem ansehnlichen Aktionspotential der sich neu formierenden Arbeiterbewegung.

Beim Begriff »Antifaschistische Ausschüsse« handelt es sich übrigens um eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche Namen, die sich die Gruppen selbst gaben, etwa Anti-Nazi-Komitee, Widerstandsblock oder Sozialistische Aufbaugruppe usw. »Antifaschismus« als Begriff ist heute nicht zuletzt infolge seines sinnentleerten, herrschaftslegitimatorischen Gebrauchs in der untergegangenen DDR negativ aufgeladen. Aber in seinem historischen Bezug und als Ausdruck der Selbsteinschätzung der Akteure von 1944/45 bleibt er nach wie vor angemessen und verwendbar.

Einigendes Band all dieser Gruppen war ihr Zukunftsanspruch; in den Ausprägungen und Zielsetzungen gab es Unterschiede. Antifaschistische Ausschüsse, vor allem im ostdeutschen Raum, strebten nach einer zumindest lokalen »Selbstbefreiung vom Faschismus«. Sie brachten – etwa in Leipzig – Flugblätter unter die Bevölkerung, in denen zum Handeln, zum Aufstand, zu Aktionen zur Kriegsbeendigung, zum Hissen weißer Fahnen, zur Dingfestmachung von NS-Größen aufgerufen wurde. Im westdeutschen Raum versuchte beispielsweise eine kleine Gruppe in Düsseldorf, das Polizeipräsidium zu besetzen und wurde dabei niedergemacht. Antifas existierten aber auch in der Provinz; in Singen am Hohentwiel etwa gab es eine besonders starke Gruppe. Insgesamt gesehen waren sie dort weit verbreitet, wo die ehemaligen Hochburgen der Arbeiterbewegung lagen.¹⁵

Auch in den Betrieben gab es Widerstand, der häufig Zwangs- und Fremdarbeiter einschloss. Jeder dritte Arbeitsplatz in Deutschland war gegen Kriegsende von einem Zwangsarbeiter oder Kriegsgefangenen besetzt. Das Ausmaß ihres Widerstandsverhaltens übertraf oft das der deutschen Arbeiter. Die Aktivitäten schränkten gerade in den letzten Kriegsmonaten die Leistungsfähigkeit der Betriebe erheblich ein und banden Kapazitäten der Sicherheitsbehörden. Von deutschen Arbeitern wurden mit dem Herannahen der alliierten Armeen insbesondere Abwehrtruppen zur Verhinderung von Betriebsstörungen gebildet, die den Nazi-Vandalismus im Gefolge von Hitlers »Verbrannte-Erde«-Taktik vereitelten. Von dieser Sorge um den Betrieb, in dem man arbeitete, führte im Übrigen ein direkter Weg zu dem häufig be-

schriebenen »Wiederaufbaupakt« zwischen Betriebsräten und Unternehmensführungen nach 1945.¹⁶ Das war eine Kooperation, die zwar eine demokratisch-sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft hemmte – wie es die Restaurationsforschung in den 1970er Jahren monierte; sie ermöglichte aber erst eine reibungslose und rasche Sanierung und die Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft, was heute betont werden sollte.

Schließlich zielten viele Ausschüsse auf eine sozialistische Einheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Am Gedanken der Einheit sind die Antifas 1945 in der Tat gescheitert. Der Glaube, eine Einheit der Arbeiterbewegung sei wiederherzustellen und überhaupt wünschenswert, lässt sich nur aus der erlittenen Zeit während des »Dritten Reichs« erklären. Dass sich die Antifas in der Frage der Einheit historisch geirrt haben – was im Übrigen viele Sozialdemokraten schnell merkten –, sollte den Blick auf ihre Verdienste nicht verstellen; diese lassen sich konkret benennen: Die Antifaschistischen Ausschüsse bildeten ein starkes Bindeglied zwischen dem Arbeiterwiderstand von unten und dem demokratischen Neubeginn, der sich anfangs ebenfalls fast ausschließlich unten, auf der lokalen Ebene, abspielte. Die Basisinitiativen entstanden häufig noch illegal im »Dritten Reich«, und sie bewahrten demokratische Traditionen der Arbeiterbewegung. Sie verteidigten soziale Interessen, halfen bei der kampflosen Übergabe von Städten und verhinderten somit sinnloses Blutvergießen. Sie waren oft die ersten Ansprechpartner der Besatzungsmächte, blieben wachsam gegenüber immer möglichen Werwolf-Anschlägen und kümmerten sich vor Ort um erste politische Säuberungen. Sie betrieben antinazistische Aufklärung, überwandern die Lähmungskrise der deutschen Gesellschaft zwischen dem Zerfall des NS-Regimes und der Errichtung einer funktionierenden Besatzungsverwaltung, und sie hielten ganz allgemein öffentliches Leben in Gang.

Örtliche Initiativen, die darauf zielten, eine sinnlose Verlängerung des Krieges zu verhindern, gab es aber nicht nur aus den Reihen des politischen Widerstandes der Arbeiterbewegung. Vielmehr handelt es sich bei Aktionen zur Kriegsbeendigung, die häufig ideologiefreie und existentielle Züge trugen, um eine vergleichsweise breite Erscheinung, die sozialgeschichtlich noch nicht systematisch aufgearbeitet worden ist. Die Monate vor dem Zusammenbruch des »Dritten Reiches« sind eine an Überlieferungen arme Zeit. Quellenmaterial ist rar; aber ein guter Ansatzpunkt, um den lokalen Aktionen auf die Spur zu kommen, ist der Blick in die kirchlichen Archive und die Pfarrchroniken. Darüber hinaus lässt sich vieles aus Erinnerungsberichten erschließen und aus der Sammlung deutscher Strafurteile, in der so genannte Endphase-Verschönerungen aufgeführt sind.¹⁷

Vielfach bekannt geworden sind Aktionen zur Kriegsbeendigung, die von lokalen Honoratioren oder Pfarrern ausgingen. An zahlreichen Orten kam es zu Treffen, Absprachen und Kooperationen von Regimegegnern bzw. vor-nationalsozialistischen kommunalen Eliten mit Vertretern der NS-Stadtverwaltungen oder mit Kampfkommandanten. Die »Rettet-Stuttgart«-Bewegung wurde bereits erwähnt.¹⁸ Viel weniger und zum Teil überhaupt nicht erforscht sind Aktionen von Einzelnen und situativ-spontan entstandenen Kleingruppen, die im wahrsten Sinne des Wortes als »Bürger-Initiativen« bezeichnet werden können. Dabei zeichneten sich diese Menschen häufig durch eine viel größere Risikobereitschaft aus als die kommunalen Eliten.

Man entdeckt sehr disparate Erscheinungsformen, die es schwierig machen, grundsätzliche Gemeinsamkeiten zu benennen. Dennoch möchte ich einen Erklärungsansatz für diese typischen Ausprägungen des Widerstands kurz vor Kriegsende versuchen, der lange Zeit verschwiegen oder verdrängt wurde. So hat beispielsweise die Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg erst 1993 eine Publikation über das Schicksal der »Männer von Brettheim«¹⁹ herausgegeben. Dies ist ein exemplarischer Fall der SS-Standgerichtsbarkeit, der aber nicht nur Licht auf den Zustand der »Rechtsordnung« in der Agonie des NS-Systems wirft. Fast noch bedrückender ist die Behandlung dieses Falls durch die Justiz nach dem Kriege.

Angesichts einer militärisch völlig aussichtslosen Lage hatten einige Männer in dem kleinen hohenlohischen Dorf Brettheim Hitlerjungen daran gehindert, den Ort mit Panzerfäusten zu verteidigen. Ein verfolgungswütiger SS-Offizier berief daraufhin ohne Zuständigkeit und Auftrag ein Standgericht und verurteilte zwei der Beteiligten zum Tode. Ortsbürgermeister und NSDAP-Ortsgruppenleiter verweigerten aber die Unterschrift. Tags darauf wurde die Prozedur wiederholt. Trotz Bedenken der Beisitzer verkündete der SS-Offizier das Todesurteil. Am nächsten Tage standen der Bürgermeister und der Ortsgruppenleiter vor dem zweiten Standgericht. Die Anklage lautete auf Wehrkraftzersetzung. Beide Männer wurden durch Erhängen getötet. Die SS drohte damit, weitere Brettheimer hinzurichten, falls die Toten, die mitten im Ort hingen, abgenommen würden. Niemand im Dorf wagte nun, den heranrückenden Amerikanern weiße Fahnen zu zeigen. So begann der Luft- und Panzerangriff auf Brettheim; von Verteidigung konnte keine Rede sein, die Truppen verließen fluchtartig das Dorf. Zurück blieben 50 zerstörte Häuser, 17 Tote und zehn Verwundete. Deutsche Gerichte der Nachkriegszeit folgten der apologetischen Logik militärischer Sachverständiger, die ihnen weismachten, die Verteidigung von Brettheim habe irgendeinen Sinn gehabt.

Der Abbau von Panzersperren, die Entwaffnung von Hitlerjungen, handgreifliches Sich-Zur-Wehr-Setzen gegen sinnlose Zerstörungen und menschenverachtende Anweisungen – diese Verhaltensweisen sind aus zahlreichen Orten überliefert. Im Westen des Reiches stößt man viel häufiger auf solche Aktionen als im Osten, denn die Goebbelsche Propaganda, die systematisch die »Bolschewistenangst« schürte, fiel auf fruchtbaren Boden.²⁰ Zwischen Ende März und Ende April 1945 sind Aktionen zur Kriegsbeendigung beispielsweise aus Heilbronn, Ingelheim am Rhein, Riddahausen bei Braunschweig, Wetzlar, Dötlingen im Oldenburgischen, Regensburg, München, Oberhausen, Stollberg in Sachsen, Welda in Westfalen, Bad Windsheim und Grünwald in Bayern und vielen anderen Orten überliefert.

In zahlreichen Mordaktionen gegen so genannte »Verräter« und »Defätisten«, die zur Kapitulation vor den Alliierten aufriefen, wurden z. T. ganze Familien samt Kindern ausgelöscht. Es fällt besonders ins Auge, dass es sehr häufig Frauen waren, die, meist in kleineren Gruppen, die gefährlichen Aktionen zur Kriegsbeendigung initiierten. Wir wissen von Aktionen im Maingebiet und im Spessart sowie im Südwesten Deutschlands. Der »Pfullinger Frauenaufstand« und der so genannte Weibersturm von Bad Windsheim sind die »berühmtesten« Vorfälle, die aber nur die Spitze des Eisberges darstellen.²¹ Frauen vertrieben NS-Durchhaltefanatiker, nahmen Entwaffnungen vor, sabotierten die Verteidigung und verlangten in Sprechchören die kampflose Übergabe der jeweiligen Gemeinde. Das Risiko war extrem hoch; etliche Versuche wurden blutig erstickt. Nachdem am 15. Februar 1945 die Einrichtung von Standgerichten verordnet worden war, die der Leiter der Parteikanzlei, Martin Bormann, als »Waffe zur Vernichtung aller Volksschädlinge« pries,²² kam es zu einer regelrechten Mordwelle.

In der Atmosphäre des Aufhängens und Totschießens war der Terror an den Orten besonders groß, in denen Bürgerinitiativen zur Kriegsbeendigung wirkten. Und wer geglaubt hatte, mit widerständigen Frauen würde glimpflicher verfahren als mit Männern, irrte gewaltig. Auch in Bad Windsheim, wo Frauen in die Gefechtsstände eingedrungen waren, um die Männer zur Aufgabe zu bewegen, wurde bestialisch gemordet. Ein SS-Untersturmführer hatte eine der Rädelführerinnen ausfindig gemacht. In einem Bericht darüber heißt es: »Er nahm seine Pistole aus der Tasche und entscherte. Frau S. wandte sich zur Flucht. Ihr Mann rief: ›Aber Herr Leutnant!‹ Da krachte der Schuß, der Frau S. zu Boden streckte. Durch seinen Begleiter darauf aufmerksam gemacht, daß die Niedergeschossene noch Leben zeigte, gab er, der sich inzwischen zum Gehen gewandt hatte, umkehrend aus nächster Nähe noch einen Schuß in das linke Auge und in die Mundhöhle ab, die tödlich waren. Auf der Leiche wurde ein Pappschild

niedergelegt, auf dem mit Rotstift die Worte standen: »Eine Verräterin wurde gerichtet.«²³

Wie sind diese Aktionen zur Kriegsbeendigung zu interpretieren? Die Widerstandsversuche in den letzten Kriegsmonaten erwuchsen zum großen Teil aus einer unmittelbar existentiellen Erfahrung und Bedrohung. Die Opposition wurzelte oft nicht vorrangig in einer tradierten Gesinnung. Sie konnte auch einfach nur der Sehnsucht nach dem Kriegsende entspringen. Widerstandsversuche waren vor allem abhängig von einer Vielzahl objektiver und subjektiver Faktoren und Besonderheiten vor Ort. Hierauf, nämlich auf den engen Umkreis der eigenen Existenz, reduzierte sich die soziale Wahrnehmung und das soziale Handeln. Häufig ging es um das nackte Überleben – und dennoch konnten sich daraus verschiedene Verhaltensweisen entwickeln. Meistens entstand Indifferenz, Gleichgültigkeit gegenüber anderen und die Konzentration auf das ichbezogene Prinzip »Bleib' übrig«.

Aber es gab auch radikale Entscheidungen und Auflehnungen, die zu Ad-hoc-Widerständen führten. Diese Menschen kamen unter bewusster Inkaufnahme des Risikos aus der Deckung und handelten für sich *und* andere. Das Risiko, das die Handelnden eingingen, war auch deshalb groß, weil eine Rückeroberung bereits besetzter Gebiete durch deutsche Truppen nie ausgeschlossen werden konnte. Die widerständigen Menschen wussten, dass ihr Leben auf dem Spiel stand. Dass sie dennoch handelten, lässt häufig auf antinazistische Einstellungen schließen, zumindest aber auf einen entnazifizierenden Erfahrungsschock angesichts des rasenden Staatsterrorismus. Als die Niederlage nicht mehr abzuwenden war, traten zudem diejenigen, die sich relativ spät mit dem Nationalsozialismus abfanden und deren »Sich-Abfinden« mit der Bewunderung für Hitler verbunden war, wieder aus dem Dunstkreis des suggestiven »Führer«-Mythos heraus und kehrten zu alten Antipositionen zurück. In der Niederlage wurde der Krieg zu »Hitlers Krieg«, und viele Deutsche empfanden sich als Opfer.²⁴

Dies dürfte auch eine Begründung für die Auflehnung vieler Frauen sein. Der Sicherheitsdienst hatte schon Mitte 1943 registriert, dass die Flächenbombardements eine Gefahr für den Durchhaltewillen der Frauen darstellten.²⁵ Gegen den anonymen Terror der Bomben konnten die Frauen nichts ausrichten. Aber als die alliierten Panzer gleichsam vor der Haustüre standen, es konkret wurde, konnten sie eingreifen, und in den kleinen Frauengruppen bestärkte man sich gegenseitig im Wagemut. Das waren existentielle, spontane Akte der Selbstbestimmung zur Rettung kleinräumiger Lebenswelten. Politische und private, intentionale und unbewusste Motive bündelten sich zu einem Geflecht. Aber selbst diese vielfältigen Formen von Widerstandsversuchen in den letzten Kriegsmonaten führten bei den Deut-

schen insgesamt nicht zu einer massenhaften Aufkündigung der Loyalität gegenüber dem Regime.

Im oberbayerischen Penzberg, einer alten, fast schon idealtypischen Arbeiterkolonie in festgefügter Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung, war der Nationalsozialismus ein »Oberflächenproblem« geblieben; es hatte sich eine kaum erschütterliche Haltung der Nonkonformität gebildet und über die NS-Jahre hinweg gehalten. Im April 1945 fanden sich Sozialdemokraten und Kommunisten zu einem gemeinsamen spontanen Aufstand zusammen, der blutig erstickt wurde.²⁶ Die vom Gauleiter angeordnete Ermordung der politisch Andersdenkenden wurde besonders beflissen durchgeführt: Um die Herzgegend der zu Erschießenden zu markieren, wurden eigens Pappscheiben angefertigt. Die Festgenommenen wurden aus dem Ort gefahren, »während das Peloton schon einige Minuten vorher zu dem nur einen Kilometer vom Rathaus entfernten Exekutionsplatz marschiert war. Die Erschießungen gingen so vonstatten, daß die Opfer einzeln aus dem Omnibus geholt und an einen Baum gefesselt wurden. Nachdem ihnen die Augen verbunden und Pappherzen angeheftet waren, gab Re. auf ein Zeichen des K. hin jeweils Feuerbefehl. So fanden an der mit jungen Fichten bestandenen Bergwerkshalde Hans Rummer, Ludwig März, Ruppert Höck, Paul Badlehner, Michael Bo., Johann Dreher und Michael Schwertl den Tod. Nach den Salven stellten die anwesenden Ärzte Dr. Yorck und Dr. Ge. das Ableben der Erschossenen fest, wobei in einem Fall ein Gnadenschuß durch einen Feldweibel abgegeben wurde.«²⁷

Die Mordwut war politisch motiviert: In einem letzten Blutbad sollte das Leben derjenigen ausgelöscht werden, die nicht nur auf lokaler Ebene eine zweite Novemberrevolution angezettelt hatten,²⁸ sondern denen offensichtlich auch die Zukunft gehörte. Den persönlichen und politischen Triumph des Untergangs des »Dritten Reiches« sollten sie nicht erleben. Ihnen, die z. T. schon an die Aufgaben nach der Befreiung vom Nationalsozialismus dachten, galt der letzte Hass. Das Landgericht München stellte zu den Morden in Penzberg 1948 fest: »Das Gericht kann Zöberlein als fanatischen Nationalsozialisten ... nicht glauben, daß er Kommunisten und Sozialdemokraten nicht auch als Feinde betrachtet hat, die das Ende des Dritten Reiches mitverursacht hatten. Wie groß sein Haß gegen diese Menschen war, zeigt, daß er sogar einem Parteigenossen ans Leben gegangen wäre, den er verdächtigte, einen Kommunisten decken zu wollen.« Jenseits der »Endsieg-Parolen« wussten die meisten der bis zuletzt überzeugten Nationalsozialisten, dass ihnen durch die Menschen im Widerstand nicht mehr nur allein der Anspruch auf die Zukunft streitig gemacht wurde, sondern dass ihnen die Zukunft bereits gänzlich entglitten war. Das Selbstvertrauen von Regime-

gegnern stachelte sie zum letzten Vernichtungswillen auf. Nach ihnen sollte nichts mehr kommen.

Man hat beim Widerstand immer wieder auf die große Bedeutung der Soziomilieus verwiesen. Widerstandsgeschichte wird so zu einer Geschichte von Milieus, die den Individuen Zuflucht gaben, Rückhalt boten, wo man versteckt werden konnte, praktische Solidarität erfuhr und sich Stärkung und Trost holte. Angesichts der Desintegration, des Chaos, der Zersplitterung und Individualisierung, angesichts der kriegsbedingten Erosion der Milieus hat man es 1945 jedoch mit anderen Formen widerständigen Verhaltens zu tun. Wenn die auf sich selbst zurückgeworfenen Individuen oder spontan gebildeten Kleingruppen mit ihren Aktionen scheiterten, sich die plötzlich bietenden Freiräume als trügerisch erwiesen und zum Verhängnis wurden – dann gab es jetzt keine Rückzugsmöglichkeiten mehr; man stand alleine da.

Wenn man Ausführungen zum deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus abschließt, endet man gemeinhin damit, dessen offensichtliches Scheitern zu konstatieren; denn ein Sturz des Unrechtsregimes von innen heraus ist in Deutschland nicht gelungen. Nicht einmal in der letzten Kriegsphase wurden die Aktionen derer, die Leuchtpunkte von Zivilcourage setzten und sich gegen ein Amok laufendes System auflehnten, von der Masse der Bevölkerung getragen. Dieser Umstand ist sozialgeschichtlich das eigentlich Bedrückende. Es gilt im Auge zu behalten, dass Widerstand gegen den Nationalsozialismus immer die Sache einer ganz kleinen Minderheit war. Und man darf auch in anderer Hinsicht die Maßstäbe nicht verrücken: Der Aufbau einer demokratischen Gesellschaft zumindest in Westdeutschland war an erster Stelle den Alliierten – den Amerikanern, Briten und Franzosen – zu verdanken. Aber vor diesem unverrückbaren Hintergrund sollte man dann auch von den Leistungen des Widerstands sprechen.

Die Widerstandsversuche in der letzten Kriegsphase können in dreifacher Hinsicht Verdienste beanspruchen: Sie haben – erstens – begrenzt Wirkung gezeigt, indem auf lokaler Ebene vielfach Sand ins Getriebe des Terrorapparates gestreut wurde, indem der Kriegsmaschinerie in den Arm gefallen wurde, indem der Krieg örtlich früher beendet, die »Verbrannte-Erde«-Politik vereitelt und Leben gerettet wurde. Sie haben – zweitens – zum demokratischen Neubeginn in Deutschland beigetragen. Das gilt insbesondere für die ersten beiden Jahre der Besatzungszeit, die ganz entscheidend dafür waren, den Boden für eine demokratische Gesellschaft zu bereiten. Männer und Frauen aus Antifaschistischen Ausschüssen und Bewegungen zur Kriegsbeendigung bildeten den Kern eines demokratischen Neuaufbaus, der eben nicht auf einer übergeordneten nationalen Ebene begann, sondern in den

Kommunen. Schließlich – und drittens – hat dieser Widerstand bedeutende politisch-psychologische Auswirkungen gehabt. Die Initiativen waren, auch in den Augen der Siegermächte, Hinweise auf die Existenz eines »besseren Deutschlands«. Dazu ein letztes Beispiel: Einige Tage vor Kriegsende schrieb die Zeitung des französischen Kriegsministeriums den Franzosen aus der Seele, als sie vom Vormarsch der Truppen mit folgenden Worten berichtete: »Deutschland? Ein ständiges Verschwörernest gegen den Frieden. In der grüngrauen Uniform haben die deutschen Michel – ob sie nun im Zivilleben Krämer oder Professoren, Anwälte oder Arbeiter, Chemiker oder Mechaniker waren – in allen europäischen Städten vom Atlantik bis an den Rand des Kaukasus ihre Verachtung einer menschlichen Moral zur Schau getragen«. Die nach Deutschland einrückenden französischen Truppen entdeckten »auf den Schwellen der zerstörten Häuser ... die Nachkommen von zwanzig Generationen von plündernden und skrupellosen Kriegern.«²⁹

Das ist sicherlich ein extremes Zeugnis von der Vorstellung der deutschen Kollektivschuld. Aber das dunkle Bild von den unterwürfigen Deutschen bekam bald einige helle Tupfer. Als etwa der kommandierende französische General am Bodensee von einem Geretteten erfuhr, dass einige mutige Menschen in Urnau bei Friedrichshafen 21 politische Häftlinge vor der SS versteckt hatten, wurde die Gemeinde von sämtlichen französischen Requisitionsforderungen befreit.³⁰ Das war eine Geste und auch eine Bezeugung der Wertschätzung, in einer Zeit, als dies alles andere als normal war. Eigentlich ist dies schon Rechtfertigung genug, jenen Menschen historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die aus dem mächtigen Strom ängstlicher Anpassung ausbrachen und von einem »besseren Deutschland« auch jenseits der gesellschaftlichen Eliten zeugen.

Die Widerstandsforschung sollte auch deshalb nicht eilfertig ausgrenzen, sondern situative und jeweils zeitbezogene Formen von Widerständigkeit eingehend prüfen, weil es sich hier um Bezugsereignisse für den demokratischen Aufbau handelte. Aus den Aktionen zur Kriegsbeendigung konnte ein positiver kollektiver Selbstwert entstehen. Dort, wo 1945 das lange Sich-Ducken durchbrochen und erstmals wieder Zivilcourage bewiesen wurde, vergaßen die Bürger nicht, wem sie das glimpfliche Ende des Krieges zu verdanken hatten, und sie gingen erhobenen Hauptes in die entstehende Demokratie. Gleichwohl: Aufs Ganze gesehen konnte sich 1945 bei den Deutschen keine allgemeine »Befreiungswahrnehmung« einstellen; denn die Fremdbefreiung vom Nationalsozialismus war mit den Erfahrungen von Besetzung, Vertreibung, Kriegsgefangenschaft und extrem schlechter Versorgung verbunden.

Nur eine Minderheit erkannte bereits damals, dass die Kapitulation und die Besetzung die notwendigen Voraussetzungen für einen positiven Neubeginn waren. Die Mehrheit hatte noch gar nicht richtig erfasst, was geschehen war. Alfred Döblin war 1945 erstaunt über die mangelnde Nachdenklichkeit der Deutschen: »Ein Haupteindruck im Lande, und er löst Ende 1945 bei dem, der hereinkommt, das größte Staunen aus, ist, daß die Menschen hier wie Ameisen in einem zerstörten Haufen hin und her rennen, erregt und arbeitswütig zwischen den Ruinen und ihr ehrlicher Kummer ist, daß sie nicht sofort zugreifen können, mangels Material, mangels Direktiven. ... Und wenn einer glaubt oder früher geglaubt hat, das Malheur im eigenen Land und der Anblick einer solchen Verwüstung würde die Menschen zum Denken bringen und würde politisch erzieherisch auf sie wirken, – so kann er sich davon überzeugen: er hat sich geirrt. Man sagt mir und zeigt mir bestimmte Häusergruppen und konstatiert: das war dies Bombardement und das war jenes, und man schließt gewisse Episoden an. Und das ist alles.«³¹

Anmerkungen:

- 1 Zit. nach Hans Magnus Enzensberger (Hrsg.), *Europa in Trümmern. Augenzeugenberichte aus den Jahren 1944–1948*, Frankfurt a. M. 1990, S. 87.
- 2 Zum Beispiel die Desertion; vgl. Norbert Haase/Gerhard Paul (Hrsg.), *Die anderen Soldaten. Wehrkraftzersetzung, Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht im Zweiten Weltkrieg*, Frankfurt a. M. 1995. Zu den Endphase-Verbrechen vgl. allgemein Gerhard Paul, »Diese Erschießungen haben mich innerlich gar nicht mehr berührt.« *Die Kriegsendphasenverbrechen der Gestapo*, in: ders./Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), *Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg*, Darmstadt 2000, S. 543 ff.
- 3 Vgl. Hans Woller, *Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth*, München 1986, S. 54 f.
- 4 Vgl. Edgar Lersch/Heinz H. Poker/Paul Sauer (Hrsg.), *Stuttgart in den ersten Nachkriegsjahren*, Stuttgart 1985, S. 17 ff. und Roland Müller, *Stuttgart in der Zeit des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1988, S. 532 ff.
- 5 Hans Rothfels, *Die deutsche Opposition gegen Hitler*, Neuaufl. München 1958, S. 11.
- 6 Dazu v. a. Manfred Messerschmidt, *Krieg in der Trümmerlandschaft. Pflichterfüllung wofür?*, in: Ulrich Borsdorf/Mathilde Jamin (Hrsg.), *Über Leben im Krieg. Kriegserfahrungen in einer Industrieregion 1933–1945*, Reinbek 1989, S. 169–179, Zitate S. 174, S. 176.
- 7 Siehe v. a. Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Bonn 1994.
- 8 Konrad Repgen, in: *Rheinischer Merkur* vom 24. 6. 1994.
- 9 Vgl. Peter Steinbach, *Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen*, überarb. u. erw. Neuaufgabe Paderborn 2002.

- 10 Christian Marquart, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. 7. 1994.
- 11 Vgl. Gerd R. Ueberschär, Gegner des Nationalsozialismus. Volksopposition, individuelle Gewissensentscheidung und Rivalitätskampf konkurrierender Führungseliten als Aspekte der Literatur über Emigration und Widerstand im Dritten Reich zwischen dem 35. und 40. Jahrestag des 20. Juli 1944, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 35 (1984), S. 141–196, hier S. 161.
- 12 Bezeichnend dafür: Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933 bis 1945, hrsg. von den Bezirkskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei den Bezirksleitungen Rostock, Schwerin und Neubrandenburg in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Rostock 1970.
- 13 So der bekannteste Interpret der Vorgeschichte und der ersten Phase der Bundesrepublik, Hans-Peter Schwarz, in dem 1980 verfassten einleitenden Essay zur Neuauflage seines Buches: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Berlin 1980, S. LXIV.
- 14 Richard Löwenthal, Widerstand im totalen Staat, in: ders./Patrik von zur Mühlen (Hrsg.), Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933–1945, Berlin – Bonn 1984, S. 17.
- 15 Am umfassendsten vgl. immer noch Lutz Niethammer (Hrsg.), Arbeiterinitiative 1945, Wuppertal 1976.
- 16 Vgl. Michael Fichter, Aufbau und Neuordnung: Betriebsräte zwischen Klassenolidarität und Betriebsloyalität, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, S. 549.
- 17 Carl Friedrich Rüter/Adelheid L. Rüter-Ehlermann (Hrsg.), Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen, Amsterdam 1968 ff.
- 18 Vgl. weitere Beispiele in: Thomas Schnabel/Angelika Hauser-Hauswirth (Hrsg.), Formen des Widerstands im Südwesten 1933–1945, Ulm 1994; Lutz Tietmann, »... die Stadt vor dem Schlimmsten bewahren«. Widerstand der letzten Stunde: Kapitulant und Befehlsverweigerer, in: N. Haase/G. Paul (Hrsg.) (Anm. 2), S. 174–186.
- 19 Die Männer von Brettheim, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Villingen-Schwenningen 1993.
- 20 Die kampflose Übergabe der Stadt Greifswald im April 1945. Das Tagebuch des Rektors der Greifswalder Universität Professor Carl Engel und Auszüge aus der »Chronik des Grundstückes Anklamer Straße 60/61 in Greifswald«. Eine Dokumentation, hrsg. für die Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern v. Norbert Buske, Schwerin 1993.
- 21 Vgl. Gerhard Junger, Schicksale 1945. Das Ende des II. Weltkrieges im Kreis Reutlingen. Besetzung und Besatzung, Reutlingen 1991, S. 201 f.
- 22 Zit. nach Klaus-Dietmar Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995, S. 845.
- 23 C. F. Rüter/A. L. Rüter-Ehlermann (Anm. 17), Bd. 3, S. 174.
- 24 Ein gutes Stimmungsbild vermittelt: Anthologie der deutschen Meinung. Deutsche Antworten auf eine französische Umfrage, Konstanz 1948.

- 25 Vgl. Ian Kershaw, *Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich*, Stuttgart 1988, S. 179.
- 26 Vgl. Klaus Tenfelde, *Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945*, in: Martin Broszat (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4, München 1981, S. 369 ff.
- 27 C. F. Rüter/A. L. Rüter-Ehlermann (Anm. 17). Bd. 3, S. 74.
- 28 Die Furcht der Nationalsozialisten vor einem »zweiten November 1918« wird auch bei der Niederschlagung der »Freiheitsaktion Bayern« deutlich. Dazu: Hildebrand Troll, *Aktionen zur Kriegsbeendigung im Frühjahr 1945*, in: M. Broszat (Hrsg.) (Anm. 26), S. 660 ff.
- 29 Zit. nach Yves Durand, *Deutschland aus der Sicht der Franzosen (November 1942 bis Mai 1945)*, in: Manfred Messerschmidt (Hrsg.), *Die Zukunft des Reiches*, Herford 1990, S. 54; Anm. 25.
- 30 Vgl. Thomas Schnabel, »Die Leute wollten nicht einer verlorenen Sache ihre Heimat opfern«, in: ders./A. Hauser-Hauswirth (Hrsg.) (Anm. 18), S. 177.
- 31 Zit. nach H. M. Enzensberger (Hrsg.) (Anm. 1), S. 188 f.